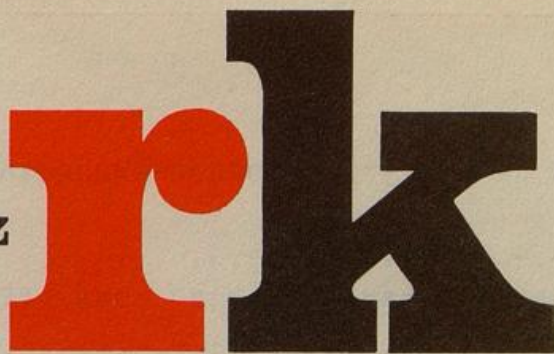


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Montag, 25. Juni 1984

Blatt 1407

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

BRG Bernoullistraße Sieger im Schülerligacup  
Blasmusikfest in Wien  
Studie über Krankenhausaufnahmen von Säuglingen

Kommunal:  
(rosa)

Wiener Gemeinderat  
Wiener Landtag

Lokal:  
(orange)

Turmuhr des Rathauses: zeigerlos

Nur  
über FS:

Straßenbahnstörung durch LKW  
Diese Woche kein Pressegespräch des  
Bürgermeisters

.....  
Bereits am 22. Juni 1984 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

BRG Bernoullistraße Sieger im Schülerligacup

=++++

15 Wien, 22.6. (RK-SPORT) Vor rund 500 jugendlichen Zuschauern sicherte sich das BRG Bernoullistraße durch einen 2 : 1 (2 : 0)-Erfolg über die IGS Anton-Krieger-Gasse den Titel im Schülerligacup um den Pokal der Stadt Wien. Den 3. Platz errang die SHS Wendstattgasse durch einen 4 : 1 (0 : 1)-Sieg über das BRG Pichelmayergasse. Die Siegerehrung im Wiener Stadion nahm Sportstadtrat Franz Mrkvicka vor, der diesen Bewerb ins Leben rief. (Schluß) hof/ap

NNNN

.....  
Bereits am 23. Juni 1984 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Blasmusikfest in Wien

=++++

3 Wien, 23.6. (RK-KULTUR) Höhepunkt des fünften österreichischen Blasmusikfestes war das gemeinsame Konzert von 50 Musikkapellen -- mit über 2.500 Musikern -- auf dem Rathausplatz in Wien. Die Musikkapellen aus ganz Österreich, aus der Bundesrepublik Deutschland, aus der CSSR, der Schweiz und Südtirol zogen gemeinsam vom Heldenplatz über die Ringstraße zum Rathaus.

Der Wiener Kulturstadtrat Franz MRKVICKA begrüßte die Teilnehmer und kündigte anlässlich des großartigen Erfolges an, daß auch im kommenden Jahr wieder ein österreichisches Blasmusikfest in Wien abgehalten wird. (Schluß) fk/ap

NNNN

.....  
Bereits am 24. Juni 1984 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Studie über Krankenhausaufnahmen von Säuglingen

=++++

1 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Durchführung einer Studie über die Zahl der Aufnahmen von Säuglingen bzw. Kleinkindern im 1. Lebensjahr ins Krankenhaus bzw. deren Ursachen, kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an. Die Bilanz der städtischen Krankenanstalten für das Jahr 1983 hatte ergeben, daß fast jeder dritte Säugling in Spitalspflege aufgenommen wurde.#

Laut Stacher handelte es sich dabei in über 20 Prozent der Fälle um auswärtige Patienten. Als Diagnosen scheinen vor allem Infektionen und Durchfälle sowie in 25 Prozent Mißbildungen und Nabelbrüche auf. Mit Hilfe einer Studie sollen nunmehr die Ursachen dafür erhoben werden. (Schluß) zi/ti

NNNN

Turmuhre des Rathauses: zeigerlos

Utl.: Auftakt zu den Renovierungsarbeiten

=++++

7 #Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Montag früh wurden von der MA 33 die Zeiger der Uhren am Rathausturm abmontiert. Das war notwendig, weil noch in dieser Woche mit der Montage des Gerüsts begonnen werden soll, von dem aus der obere Teil des Turms renoviert wird. Der genaue Zeitpunkt des Arbeitsbeginns ist von der Witterung abhängig. Die gefährlichen und schwierigen Arbeiten, die in etwa 50 Meter Höhe beginnen und über 100 Meter hinausreichen, sind nicht nur bei Regen, sondern auch bei Wind unmöglich.#

Die bevorstehenden Arbeiten werden von der Ballustrade unterhalb der Turmuhr bis zur Turmspitze einschließlich des Rathausmannes durchgeführt. Die Montage des Gerüsts wird bei durchschnittlichen Wetterverhältnissen etwa vier Wochen dauern. Dann wird der Turm mit Wasser gereinigt, was sechs bis acht Wochen dauern wird. Anschließend können die Steinmetzarbeiten festgelegt, ausgeschrieben und vergeben werden. Je nach deren Umfang sollen die Arbeiten bis Frühjahr 1986 abgeschlossen werden. Abschließend wird der restaurierte Turm konserviert. Im Anschluß daran beginnt die Reparatur des unteren Teils des Rathaus-Turms, die wahrscheinlich wieder etwa zwei Jahre dauern wird. (Schluß) sti/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

2 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) trat der Gemeinderat am Montag um 9 Uhr zur der für drei Tage anberaumten Debatte über den Rechnungsabschluß 1983 zusammen. Die Sitzung begann mit einer Fragestunde.

Auf die 1. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), zu welchen Konditionen die Geschäftsführer des Stadterneuerungsfonds angestellt werden, sagte StR. HOFMANN (SPö), daß die Verhandlungen soweit abgeschlossen wurden, daß die Verträge unterschriftsreif sind. Die Bezüge bewegen sich im Rahmen der Holding-Verträge. Auf die Zusatzfrage, ob er präzise Gehaltsangaben machen könne, betonte StR. Hofmann, er werde die drei Geschäftsführer fragen, ob sie ihn dazu ermächtigen. Hirnschall verwies darauf, daß die Bezüge der Mandatäre und der Bediensteten der Öffentlichkeit bekannt seien, er verstehe daher nicht, daß die Bezüge der Geschäftsführer des Stadterneuerungsfonds geheimgehalten werden. StR. Hofmann erwiderte, daß der Fonds ein Fonds des privaten Rechts sei. Nach Ansicht von Verfassungsjuristen sei er daher nicht in der Lage, eine detaillierte Auskunft zu erteilen.

Auf die 2. ANFRAGE von GR.-Ing. RIEDLER (SPö), was der Stadterneuerungsfonds bis jetzt erreicht habe, sagte StR. Hofmann, daß sich das Kuratorium konstituiert habe, die Vertragsverhandlungen mit den Geschäftsführern abgeschlossen wurden und ein provisorisches Büro bezogen wurde. Der Fonds hat außerdem entschieden, vorläufig keine Grundstücksankäufe vorzunehmen. Die Bauträger werden untereinander Grundstücke entsprechend ihren Bedürfnissen kaufen und verkaufen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. STRANGL (SPö), welche planerischen Überlegungen der Entscheidung bei der Otto-Wagner-Brücke zugrunde liegen, verwies StR. Hofmann auf das Wettbewerbsergebnis und die darauffolgenden Planungen. Es ist gelungen, eine Lösung zu finden, die dem Denkmalschutz entspricht. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), welche Auswirkungen die Vereinbarung zwischen Finanzminister SALCHER und arabischen Staaten über die Finanzierung des österreichischen Konferenzentrums auf die Stadt Wien hat, sagte StR. MAYR, daß es keine Auswirkungen gibt. Die Stadt Wien ist an der österreichisch-arabischen Gesellschaft und damit an den Erhaltungs- und Betriebskosten des Konferenzentrums nicht beteiligt. Die 35prozentige Beteiligung der Stadt Wien bezieht sich nur auf die Planungs-, Errichtungs- und Finanzierungskosten. In diesem Bereich hat die Stadt Wien sämtliche Verpflichtungen und Rechte, die dieser Beteiligung entsprechen. Für die Baudurchführung zeichnet die IAKW verantwortlich.

Das wurde mit Finanzminister Salcher vereinbart. Eine steuerliche Sonderregelung für andere Wirtschaftsbereiche entsprechend dem österreichisch-arabischen Vertrag könne er sich nicht vorstellen, sagte Mayr, da das Konferenzzentrum eben ein Sonderfall sei.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. CZERNY (ÖVP), ob die Bauarbeiten in der Josefstädter Straße im November, vor Beginn des Weihnachtsgeschäftes abgeschlossen werden können, sagte StR. RAUTNER, daß er auf Grund der Länge des Bauloses sowie der nötigen Einbau-, Gleisregulierungs- und Fahrbahnarbeiten eine derartige Garantie, auch wegen eventueller witterungsbedingter Verzögerungen, nicht abgeben könne. In Koordination mit den Bezirksgremien und der Handelskammer werden jedoch alle möglichen Bemühungen getroffen werden, um eine klaglose Abwicklung des Geschäftsverkehrs zu Weihnachten zu ermöglichen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), was geplant ist bzw. unternommen wird, um den Bürgern eine bessere telefonische Erreichbarkeit der Rathausverwaltung zu ermöglichen, sagte StR. RAUTNER, daß eine Reihe kurzfristiger Maßnahmen wie die Installierung neuer Fernvermittlungsschranke und die verstärkte Besetzung der Telefonzentrale bereits getroffen wurde. Mittelfristig soll eine neue Telefonzentrale die derzeitige, 30 Jahre alte Anlage ablösen. Die neue Anlage, die auf dem neuesten Technologiestand sein soll, wird in vier bis fünf Jahren hergestellt sein. Natürlich wird man sich in dem Zeitraum bis dahin auch um laufende Verbesserungen bemühen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Abtreibungen sei in Wien rückläufig, erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER auf die 7. ANFRAGE von GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) betreffend die Situation der Fristenlösung in den Wiener Spitälern. Von 1975 mit 8.314 Abtreibungen auf 1983 mit 4.221 sei die Zahl um fast 50 Prozent gesunken. Als Maßnahmen zur Aufklärung der jungen Menschen hob Stacher Informationsstunden von Ärzten und Sozialarbeitern in den Krankenpflegeschulen und deren Ausdehnung auf Berufsschulen hervor.

Auf die 8. ANFRAGE von GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ), wie die Situation von Organtransplantationen in Wien zu beurteilen sei, sagte StR. STACHER, daß 1984 bereits 66 Nieren-, 7 Knochenmarks- und eine Herztransplantation durchgeführt worden seien. Die Kosten für eine Herztransplantation liegen bei mindestens 330.000 Schilling. Bei einem Krankenhausaufenthalt von 14 Tagen übernehme der Krankenversicherungsträger etwa 11.000 Schilling dieser Gesamtkosten. Den Rest trage die Stadt Wien.

Auf die 9. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nach der Tätigkeit des Stadterneuerungsfonds antwortete StR. Ing. HOFMANN, er habe Details bereits in seiner Beantwortung der 2. Anfrage ausgeführt. Das Budget des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds sei dazu da, dem Fonds die Arbeit überhaupt zu ermöglichen. Hauptziel sei es nicht, Grundstücke zu erwerben, sondern womöglich Verträge zugunsten Dritter abzuschließen. Für seine Arbeit im Jahr 1984 werde der Fonds etwa ein Viertel der bereitgestellten Summe von 400 Millionen Schilling benötigen.

Die Realisierung des Marchfeldkanals, erklärte StR. SCHIEDER auf die 10. ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖVP), basiere auf einer Vereinbarung des Bundes mit dem Land Niederösterreich und sei daher kein Projekt des Landes Wien. Grundlage für die Realisierung des Marchfeldkanals sei ein einstufiger bundesweiter Wettbewerb, für den die Bedingungen bereits bekanntgegeben worden seien. Von der Stadt Wien werden Hilfestellungen in technischen Bereichen geleistet.

(Forts.) jel/gg



Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

8 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Von der FPÖ lag eine Anfrage vor, die die Umweltverträglichkeitsprüfung in bezug auf den geplanten Ausbau der B 225 betraf. Zwei Anfragen der ÖVP betrafen die Einrichtung von neuen Abteilungen in Wiener Spitälern sowie die Boraxverseuchung im 22. Bezirk und die Trinkwasseraufschließung im Bereich der Trasse der A 24.

Zwtl.: Anträge

Zehn Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen: Die ÖVP-Anträge betrafen

- o Installierung eines Stromanschlusses und -zählers am Spittelberg für Veranstaltungen im Freien,
- o Abhaltung eines nicht-öffentlichen Hearings über die Frage der rechtlichen Regelung der sogenannten Landstreicherei für Wien,
- o IFES-Bezirksstudien über Bezirksprobleme im Hinblick auf die Stadt- und Bezirksentwicklungsplanung,
- o Information der Wiener durch Hausanschlüsse über Wasserhärte.

Von der FPÖ wurden sechs Anträge eingebracht:

- o Einschaumöglichkeiten des Kontrollamtes der Stadt Wien bei Bau- bzw. Sanierungsträgern, die vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds gefördert werden,
- o Vorlage der Wirtschaftspläne und Rechnungsabschlüsse bzw. Rechenschaftsberichte des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds an den Gemeinderat der Stadt Wien,
- o Überwachung der von diesem Fonds geförderten Bau- bzw. Sanierungsmaßnahmen durch Zivilingenieure,
- o Vermeidung von Unvereinbarkeiten bei Bediensteten und Kuratoriumsmitgliedern dieses Fonds,
- o öffentliche Bekanntgabe von Grundstückstransaktionen des Fonds,
- o Sparsame Verwaltung des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Wahl eines Gemeinderates

=++++

9 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR Wilhelm KNEISLER (SPÖ) legte sein Mandat als Wiener Gemeinderat zurück. Kneisler war von 1971 bis 1973 und dann ab 1978 als Abgeordneter des Bezirkes Rudolfsheim-Fünfhaus Mitglied des Wiener Gemeinderates. Gemeinderatsvorsitzender MAYRHOFER bedankte sich im Namen des Wiener Gemeinderates für die jahrelang geleistete Arbeit und entrichtete die besten Glückwünsche für den Ruhestand.

Als neuer Gemeinderat wurde Ing. Rolf HUBER (SPÖ) angelobt und einstimmig als Mitglied des Gemeinderatsausschusses Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie als Mitglied der Gemeinderätlichen Personalkommission gewählt. (Forts) lei/ti

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Referat Finanzstadtrat Mayr

=++++

10 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR verwies auf den wirtschaftlichen Hintergrund des Jahres 1983. Während in Österreich das reale Wirtschaftswachstum 1,9 Prozent betrug, konnte Wien einen Zuwachs des Bruttourbanproduktes von zwei Prozent erreichen. Österreich und Wien lagen damit weit besser als die europäischen OECD-Staaten. Auch bei der Inflationsrate und bei der Arbeitslosenrate konnten im Vergleich zu den westlichen Industrienationen günstigere Ergebnisse erzielt werden. "Österreich hat 1983 eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben, und Wien hat einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet."

Die Stadt Wien nahm im Jahr 1983 netto um 2,8 Milliarden Schilling mehr ein als im Budget vorgesehen und gab netto um 1,3 Milliarden mehr aus als geplant. Der im Budget ausgewiesene Abgang verbesserte sich somit von fünf Milliarden um 1,5 Milliarden auf 3,5 Milliarden Schilling.

Insgesamt betrugen die Einnahmen 63,4 und die Ausgaben 66,9 Milliarden. Der Voranschlag wurde penibel eingehalten, betonte Mayr. "Wir haben nicht nur vom Sparen geredet, das Sparen wurde sehr ernst genommen."

Ein zweites Ziel, den Schuldenstand einzubremsen, konnte, ebenfalls erreicht werden, betonte Mayr. Die Gesamtverschuldung stieg im Rechnungsjahr 1983 bloß um 300 Millionen gegenüber vier Milliarden im Vorjahr. Die Rücklagen konnten geringfügig erhöht werden. Mayr verwies darauf, daß 1983 die volle Baurate für das AKH ausgeschöpft werden konnte. Als Erfolg wertete Mayr, daß der Verkehrsverbund Ost-Region nach zehnjährigen Verhandlungen verwirklicht werden konnte.

Ein langfristiger Vergleich anhand der Rechnungsabschlußzahlen 1973 bis 1982 zeige, betonte Mayr, daß es gelungen ist, die Probleme zu bewältigen. Die Probleme sind in dieser Zeit aber auch deutlicher geworden. Die Einnahmen reagieren auf einen Konjunkturunbruch sofort, während sich die Ausgaben mit jahrelangen Verzögerungen anpassen. Der Versuch, die Ausgaben sofort anzupassen, hätte die Wirkung einer Schnellbremsung im Bereich der Wirtschaftspolitik gehabt. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Referat Finanzstadtrat Mayr

=++++

11 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) "Ich habe die Konsequenz daraus gezogen und die Verringerung der Ausgaben auf mehrere Jahre aufgeteilt. Ich bin stolz darauf, diese Politik durchgezogen zu haben", sagte Mayr.

Bei den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen müsse Sorge dafür getragen werden, daß von den Städten, und hier besonders von Wien, nicht abgeschöpft werde. Die Bundesländer, die immer wieder eigene Besteuerungsrechte fordern, sagte Mayr, müssen auch bereit sein, ihre Politik durchzuziehen.

Unter Bezug auf den Rückgang der Investitionsquote, 1973 23,3 Prozent, 1983 13 Prozent, sagte Mayr, er habe damit keine unbedingte Freude. Aber es sei in den vergangenen Jahren gelungen, eine Bedarfsdeckung zu erreichen. Die Forderung der Opposition, Wertabschreibungen nicht den Betriebskosten zuzuordnen, lehnte Mayr ab. Das würde nach seiner Meinung das Ende der Investitionstätigkeit bedeuten und für Bürger und Gemeinde einen Schaden bringen.

Am Beispiel der Mietrechtsänderung zeige sich, sagte Mayr, daß die Sozialisten politische Verantwortung auf sich genommen haben. Die Änderung des Mietrechtes habe erst die Revitalisierung ermöglicht.

Es sei überraschend für ihn gewesen, betonte Mayr, daß sich über ein Jahrzehnt hinweg der Spitalsabgang im Rahmen der Budgetausweitung gehalten hat. Der Vorwurf, daß die Spitalskosten rascher anwachsen, stimmt also für Wien nicht.

Die Rückschau beweist, daß die Sozialisten in den Jahren des internationalen Konjunkturreinbruches besser gewirtschaftet haben als andere Länder. "Wir haben bewußt die Verschuldung in Kauf genommen, haben damit die Aufgaben bewältigt und haben auch den Schuldenstand in den Griff bekommen. Wir Sozialisten haben in den vergangenen Jahren die Probleme rechtzeitig erkannt und gelöst und werden dies auch künftig tun." (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Generaldebatte

=++++

12 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies darauf, daß der optisch günstige Rechnungsabschluß 1983 auch auf eine Reihe von Tatsachen zurückzuführen ist, die nicht im Interesse der Wiener Bevölkerung liegen. So wurden keine Investitionen im Bereich des Umweltschutzes getätigt, und auch die Investitionstätigkeit in den Bereichen des Baugewerbes und des Baunebengewerbes blieb erheblich unter dem Voranschlag. Diese Unterlassungen sind nicht einzusehen, sagte Hirnschall, wenn man bedenkt, daß die Stadt Wien ihren Stand an festverzinslichen Wertpapieren 1983 um 835 Millionen Schilling auf 2.233 Millionen Schilling erhöht hat. Sonderrücklagen gab es auch beim U-Bahn-Bau und Garagenbau, was ebenfalls eine Verzögerung von notwendigen Projekten und eine Einbuße von Arbeitsplätzen bedeutet. Insgesamt gab es in Wien 1983 20.000 weniger Beschäftigte als im Jahr zuvor. Das Wachstum der Jugendarbeitslosigkeit lag über dem österreichischen Durchschnitt. Hirnschall verwies auch auf die ungünstigen Lohnabschlüsse der Gemeindebediensteten, wodurch ebenfalls zur Entlastung des Budgets beigetragen wurde. Als Fiasko bezeichnete der Redner die Abgabe auf unvermietete Wohnungen. Vor der geplanten Erhöhung der Grundsteuer warnte Hirnschall wegen der Auswirkungen auf die Mieten. Hirnschall wandte sich schließlich wegen der mangelnden Transparenz gegen die Ausgliederung wichtiger Sektoren aus dem ordentlichen Budget. Als Paradefall in jüngster Zeit führte er den Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds an, der den Zwang mit sich bringe, marode Genossenschaften zu finanzieren. Für den Fonds, den die FPÖ im Prinzip ablehnt, forderte Hirnschall zumindest klare Unvereinbarkeitsbestimmungen, die Aufsicht über die geförderten Projekte durch Zivilingenieure, das Einsichtsrecht des Kontrollamtes und die Offenlegung der Grundstückstransaktionen im Amtsblatt der Stadt Wien. (Forts.)  
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Generaldebatte

=++++

13 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Aussage von GR. Dr. HIRNSCHALL, wonach die Stadt Wien eine 12 1/4-prozentige Dollaranleihe in der Höhe von 47,8 Mio. Dollar aufgenommen hat, korrigierte StR. MAYR mit der Feststellung, daß diese Anleihe durch eine wesentlich günstigere 6 1/2-prozentige Frankenleihe ersetzt wurde. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Generaldebatte

=++++

14 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Besonders kritisch beim Rechnungsabschluß 1983, erklärte GR HAHN (ÖVP), seien Versäumnisse im Umweltbereich, vor allem bei der Ver- und Entsorgung, die sinkende Investitionstätigkeit und damit die fehlenden Impulse für die Wiener Wirtschaft sowie höhere Steuern und Gebühren, die trotz Mehreinnahmen die Wiener belasten.

Hauptkritik der Volkspartei sei, daß die Mehreinnahmen, zum Beispiel durch die Abgabenerhöhung bei Wasser, Abwasser und Müll, aber auch bei Gebrauchsgebühren, Abgabenstrafen oder Getränke- und Gefrorenenssteuer, zur Budgetverbesserung verwendet würden. In diesem Zusammenhang brachte Hahn einen BESCHLUSZ- UND RESOLUTIONSANTRAG betreffend die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen aus Mitteln der Mehrwertsteuer für Energie ein.

Bei den Ausgaben kritisierte Hahn die Praktik, rund 800 Mio. Schilling aus Mitteln der Wohnbauförderung in Wertpapieren anzulegen. Die baulichen Investitionen einschließlich Instandhaltungsarbeiten seien von den präliminierten 13,8 Milliarden auf 12,9 Milliarden Schilling gesunken. Obwohl der Gesamtwert des privaten Auftragsvolumens um 29 Prozent höher war als 1982, hätten die Beschäftigtenzahlen um 4,5 Prozent abgenommen. Die Rücklagenproblematik, z. B. beim U-Bahn-Bau, wo 425 Mio. nicht in Anspruch genommen wurden, werde immer verwirrender. Hahn lehnte im Namen seiner Fraktion den Rechnungsabschluß 1983 ab. (Forts.) je/ti

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Generaldebatte

=++++

17 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER (SPö) bezeichnete den Rechnungsabschluß als Spiegel eines Jahres praktizierter Kommunalpolitik. Der Rechnungsabschluß 1983 zeige, daß eine relativ gute Entwicklung der Wiener Wirtschaft bei gleichzeitiger Einbremsung der Verschuldung erreicht werden konnte. Entgegen den düsteren öVP-Prognosen im Dezember 1982 seien die von StR. MAYR geschätzten Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 16,03 Milliarden sogar noch übertroffen worden. Trotzdem könne man sich mit den Ertragsanteilen aus dem Finanzausgleich nicht zufriedengeben. Es müßten noch große Anstrengungen unternommen werden, den Mittelabfluß im Rahmen des Finanzausgleiches einzudämmen. Dieser lag 1982 bei über 13 Milliarden und zeige eine jährliche Steigerungsrate von nahezu 10 Prozent.

Edlinger folgerte aus den Äußerungen der Oppositionsparteien in den vergangenen Jahren, daß dort Katastrophen prognostiziert werden, wo bereits Lösungen in Sicht sind. Dies gelte beispielsweise auch für die Sanierung der EBS und Kläranlage, für die Lösung des Müllproblems, für die Deponie Rautenweg sowie für den Einbau von Filteranlagen bei der Müllverbrennung Flötzersteig. All dies und vieles andere müsse nicht erst gefordert werden, da Lösungen bereits in Planung sind bzw. realisiert werden.

Zu den vergangenen Koalitionsgesprächen zwischen der Wiener SPö und öVP sagte Edlinger, daß eine Zusammenarbeit politisch Andersdenkender in den verschiedensten Facetten möglich sei. Es werde auch kaum jemanden geben, der ernsthaft die losen Formen der Zusammenarbeit in Wien im Bereich der Wirtschafts- und Kulturpolitik negativ empfindet. Es sei auch zu hoffen, daß der Stadterneuerungsfonds trotz Anfangsschwierigkeiten ein wichtiges Instrument der Problemlösung sein wird. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Generaldebatte

=++++

18 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Bewältigung anstehende Probleme sei für eine Regierungspartei Entschlossenheit und Konsequenz bei der Verfolgung eines Zieles notwendig, betonte EDLINGER. Im Gegensatz dazu könne es sich eine Oppositionspartei leisten, alle paar Wochen ihre Meinung zu ändern. Als Beispiel nannte Edlinger den Bau des AKH. Die öVP zeige jetzt offenbar den sechsten Gesinnungswandel, indem sie ein sogenanntes Alternativkonzept von GR. Prof. WAGNER vorlegt. Die Entscheidung über die Haltung der öVP sei zwar anscheinend nicht gefallen, die SPö habe aber nie einen Zweifel daran gelassen, dieses Krankenhaus zu bauen. Im Jahr 1983 wurde dafür von der Stadt Wien eine Milliarde Schilling ausgegeben.

Zum Schönheitsmanifest von Dr. MAUTHE und Dr. NENNING bemerkte Edlinger, daß er sich dagegen wehre, daß irgendjemand Vorschriften darüber mache, was schön zu finden sei.

Edlinger wehrte sich abschließend gegen die Behauptungen einzelner öVP-Politiker, daß in Wien "alles" häßlicher geworden sei. Beispiele wie die U-Bahn, die Entlastung der Wohngebiete vom Schwerverkehr, die Errichtung von Fußgängerzonen, Erholungs- und Freizeitgebiete wie die Donauinsel sowie die umfassende Renovierungsarbeit an wertvollen Althäusern seien unter anderem Beispiele dafür, daß Wien heute schöner und lebenswerter denn je sei. In diesem Sinn sei der Rechnungsabschluß 1983 eine Momentaufnahme und der Beweis für konsequente Arbeit, dem seine Fraktion selbstverständlich zustimmen werde. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Generaldebatte

=++++

19 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1983 war ein Wahlbudget, betonte GR. ARTHOLD (öVP), aber aus den Versprechungen sei nichts geworden. In der Grünpolitik hat es Investitionen gegeben, aber im dichtverbauten Gebiet waren es nur bescheidene Erfolge. Arthold kritisierte im besonderen die Kleingartenpolitik, wo außer einer Erhöhung des Pachtschillings nichts geschehen sei.

Im Bereich Ver- und Entsorgung wurde wesentlich mehr eingenommen als für Investitionen zur Verfügung gestellt wurde. Die Investitionen seien sogar unterhalb der normalen Investitionsrate geblieben. "Der Umweltschutz wird nur propagiert".

Zur Entsorgung legte Arthold zwei RESOLUTIONSANTRÄGE vor: Die öVP verlangt die regelmäßige Einsammlung von Sondermüll in allen Bezirken und die Verwendung lärmgedämmter Glascontainer.

"Viele Umweltsünden haben wir auch selbst geplant. Es geht nun darum, alte Schäden zu beheben und neue Sünden zu vermeiden." Der Stadtentwicklungsplan sei lediglich eine Bestandsaufnahme, meinte Arthold weiters. Es fehle die politische Konsequenz. GR. Arthold brachte daher einen ANTRAG für einen Zeit- und Kostenplan für den Stadtentwicklungsplan ein. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Generaldebatte

=++++

20 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPö) wies darauf hin, daß die Stadt Wien über eine mustergültige großstädtische Infrastruktur verfügt und diese natürlich durch Leistungen der Bevölkerung instandgehalten werden muß. Wenn die Opposition etwa die Privatisierung kommunaler Unternehmen verlangt und ihrer Meinung nach zu hohe Gebühren für das Wasser oder die Müllentsorgung kritisiert, so muß gesagt werden, daß auch diese Leistungen nicht kostendeckend erbracht werden können. Schirmer wies besonders auf die sozialen Hilfen hin, mit denen die Stadt Wien ein Netz geknüpft hat, das in Not gekommenen Personen hilft. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation ist diese Hilfe notwendig. Zum sozialen Bereich gehören auch die Probleme der Flüchtlinge, die nach Österreich kommen, und hier den Beginn für ein neues Leben setzen wollen, sagte Schirmer. Um die Probleme, die sich daraus - auch für die Stadt Wien - ergeben, lösen zu können, forderte Schirmer einen Bundesflüchtlingsfonds, zu dem auch die österreichischen Bundesländer einen Solidaritätsbeitrag leisten sollen. In diesem Sinn stellte sie gemeinsam mit den GR. Dr. Marilies FLEMMING und Dr. HIRNSCHALL einen Dreiparteienantrag, der Wiener Stadtsenat möge in seiner Funktion als Landesregierung mit der Bundesregierung und den anderen Bundesländern diesbezüglich Verhandlungen aufnehmen.  
(Forts.) gab/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Generaldebatte

=++++

21 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die 3,3 Milliarden Einnahmen aus den Abgaben für Müll, Wasser und Abwasser übersteigen die äquivalenten Ausgaben um rund 650 Millionen Schilling, erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP). Wien habe mit der Installation einer Rauchgaswäsche in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig die historische Chance, eine der effizientesten Naßgaswäschen zu erhalten, sei jedoch nicht in der Lage, die verbleibenden 50 Kilogramm pro Tonne hochgiftiger Rückstände auf einer Sonderabfalldeponie ordnungsgemäß zu entsorgen. Mangelndes Verantwortungsgefühl und zu geringe Investitionen auf dem Entsorgungssektor würden sich nun rächen. Es sei nun Zeit, betonte Worm, eine Politik gezielter und sinnvoller Investitionen im Umweltbereich zu betreiben. Ing. Worm brachte einen RESOLUTIONSANTRAG betreffend Sonderprüfung der Klärschlammreinleitung aus der Hauptkläranlage in den Donaukanal durch das Kontrollamt der Stadt Wien ein. Über die in den Donaukanal eingeleiteten Klärschlammengen gebe es Widersprüche zwischen wissenschaftlichen Aussagen und Angaben von Stadtrat Schieder.

Die Ausgaben des Budgets des Jahres 1983 seien ein gigantischer Impuls für die Wiener Wirtschaft, erklärte GR. SCHMIDTMEIER (SPö). Bezüglich der Gebrauchsgebühr für "Schanigärten" könne die Stadt Wien mit Recht behaupten, daß eine Abgabe von 100 Schilling pro Quadratmeter in der Saison durchaus nicht teuer sei. Im übrigen betreffe dieser Preis nur die Gastronomiebetriebe in Fußgängerzonen. Es sei das gute Recht der Stadt Wien, auf Grund von Investitionen und Förderungen, wie z. B. im Rahmen der Wirtschaftsförderung, für die 1983 rund 400 Millionen Schilling aufgewendet wurden, auch ein verstärktes Steueraufkommen erhoffen zu dürfen. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Geschäftsgruppe Kultur und Sport

=++++

22 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Zeit zwischen den vor kurzem zu Ende gegangenen Festwochen und dem Beginn des Musiksommers 1984 sei ein guter Zeitpunkt, um über ein Jahr Kulturarbeit in Wien zu sprechen, leitete StR. MRKVICKA (SPÖ) die Debatte zur Geschäftsgruppe Kultur und Sport ein. Die Festwochen boten heuer ein Spektrum, das ein Millionenpublikum mit international renommierten Produktionen konfrontierte. Der Musikalische Sommer 1983 brachte ebenfalls eine Vielzahl von Veranstaltungen wie die 17 Arkadenhofkonzerte mit 28.000 Besuchern sowie Schloß-, Palais-, Kirchen- und Gedenkstättenkonzerte. Mrkvicka betonte die gute Zusammenarbeit der Fraktionen im Bereich der Kulturarbeit. Neben den zahlreichen Musikveranstaltungen erwähnte Mrkvicka die Wiener Symphoniker, die mit über hundert Konzerten pro Jahr den Löwenanteil des Wiener Musiklebens bestreiten.

"Tanz '84" brachte klassisches und modernes Ballett nach Wien. Das Publikumsinteresse spreche dafür, das Tanzfest auch 1986 durchzuführen. Besonders erfolgreich habe sich auch das musikalische Leben in den verschiedenen Wiener Szene-Lokalen entwickelt, wozu die Stadt durch Investitionen, Ausfallshaftungen usw. wesentlich beigetragen hat.

Für den Erfolg der Förderungspolitik spreche, daß es in Wien heute rund 40 Bühnen gibt. Die zur Verfügung stehende Prämiensumme für die Kleinbühnen wurde erhöht. Bei der Subventionierung der Mittel- und Großbühnen mußte wie in den vergangenen Jahren den gestiegenen Lohn- und Sachkosten Rechnung getragen werden. Neubelebung werde auch die Sanierung des Ronachers bringen. Die Stadt Wien und der Bund sind bereit, ein mögliches Projekt mit einer Starthilfe von je 20 Millionen Schilling zu fördern. Auch soll in nächster Zeit mit der Sanierung der Secession begonnen werden.  
(Forts.) lei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Geschäftsgruppe Kultur und Sport

=++++

23 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich der bildenden Kunst sei eine Vielzahl neuer Galerien und eine rege Ausstellungstätigkeit zu verzeichnen. Von den Ausstellungen hob MRKVICKA die 1983 gezeigte Türkenausstellung hervor, die von mehr als 400.000 Menschen besucht wurde, sowie die Freimaurerausstellung mit über 70.000 Besuchern. Für das kommende Jahr ist eine Großausstellung zum Thema "Wien 1870 bis 1930" geplant. Bewährte Aktionen wie die Artothek werden weitergeführt.

Die Zahl der literarischen Lesungen habe sich wesentlich erhöht. Beispielsweise wurden im Zentrum der Gegenwartsliteratur, dem Literarischen Quartier in der Alten Schmiede, rund 200 Veranstaltungen abgehalten.

Im Rahmen der Wissenschaftsförderung hat die Stadt Wien im vergangenen Jahr 76 Institutionen mit rund 22,4 Millionen Schilling gefördert, dazu kommen Wissenschaftsstipendien und die Vergabe von Mitteln aus der Hochschuljubiläumstiftung.

1983 wurden aus den Mitteln des Altstadterhaltungsfonds für 143 Objekte 93,9 Millionen Schilling vergeben. In diesem Bereich arbeitet die öffentliche Hand mit privaten Hausbesitzern erfolgreich zusammen, um kulturelle Werte zu erhalten und gleichzeitig den Bedürfnissen der heutigen Zeit Rechnung zu tragen.

Als Aufgaben der Wiener Sportpolitik nannte Mrkvicka drei zentrale Punkte: die Errichtung und Bereitstellung von Sportanlagen, die finanzielle Unterstützung der Vereine und Verbände sowie die Durchführung von Sportaktionen zur Förderung des außerschulischen Jugend- und Breitensportes. Im Jahr 1983 wurden ca. 17,5 Millionen für die Förderung von Sportaktionen, ca. 11,2 Millionen für sonstige Beiträge (z. B. finanzielle Hilfe für platzverwaltende Verbände und Vereine und Sportförderungsmaßnahmen) und ca. 27 Millionen Schilling als Förderungsbeiträge zum Ausbau von Sportanlagen aufgewendet.

(Forts.) lei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Kultur und Sport

=++++

24 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) verwies darauf, daß den größten Teil des Kulturbudgets mit 670 Millionen die Subventionen ausmachen. An sich sei das gesamte Kulturbudget mit rund 880 Millionen genau so hoch dotiert wie 500 Meter U-Bahn-Bau im Stadtbereich. Pawkowicz kritisierte das Puppenfestival im Rahmen der Wiener Festwochen und stellte den ANTRAG, daß jährlich beim Rechnungsabschluß ein Kunst- und Kulturförderungsbericht vorgelegt werden soll.

Kritik äußerte Pawkowicz an der "Szene Wien" und dem Stadtkino. Die Besucherzahlen seien verschwindend gering.

GR. CZERNY (öVP) befaßte sich mit dem Altstadterhaltungsfonds. 1983 wurden 143 Objekte mit insgesamt 93,9 Millionen gefördert. Czerny kritisierte die Auftragsvergabe der Renovierung der Werkbundsiedlung in Hietzing. Die Aufträge hätten an Gewerbebetriebe und nicht an einen Großindustriebetrieb vergeben werden sollen. Als positiv wertete der öVP-Mandatar die Bereitschaft zahlreicher Hauseigentümer zur Revitalisierung ihrer Objekte. Die Stadtreparatur sei eine Chance, gerade in einer Zeit der rezessiven Entwicklung. Bei der Renovierung eines Althauses sind bis zu 28 Berufsgruppen beschäftigt. "Der Altstadterhaltungsfonds ist wichtig und richtig. Er bietet die Chance, das Stadtbild positiv zu erhalten." (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Geschäftsgruppe Kultur und Sport

=++++

25 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPö) wies auf das vielfältige Kulturangebot in Wien hin. Mit der Pflege des kulturellen Erbes, der Aufgeschlossenheit für neue Wege in der Kultur, dem Zugänglichmachen kultureller Veranstaltungen für möglichst breite Bevölkerungskreise und der Förderung des kreativen Potentials geht die Wiener Kulturpolitik den richtigen Weg. Der Stellenwert der Kultur in unserer Stadt ist auch daran ersichtlich, daß die Ausgaben im Rechnungsabschluß 884 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag von 804 Millionen betragen haben. Besonders ging Stiehl auf die Kulturarbeit in den Bezirken ein, die etwa bei den Bezirksfestwochen deutliche Akzente setzte. Als speziellen Schwerpunkt nannte Stiehl die Bezirksmuseen, die sich über ihre museale Aufgabe hinaus zu Bezirkskulturzentren entwickelt haben. Schließlich wies die Rednerin noch darauf hin, daß das Historische Museum im Jahr 1983, zählt man die Türkenausstellung dazu, 840.000 Besucher verzeichnete und daß mit der Audiothek in der Stadt- und Landesbibliothek eine Einrichtung geschaffen wurde, in der alle Tonträger der Bibliothek archiviert und auch benützt werden können. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Geschäftsgruppe Kultur und Sport

=++++

26 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Allein im 3. Bezirk fehlten 93.000 Quadratmeter an Sportplätzen, erklärte GR. ARTHOLD (ÖVP) würde man den Normbestand des Sportstättenleitplanes berücksichtigten. Nicht nur in den Bezirken innerhalb des Gürtels, sondern auch im 18., 19. und 20. Bezirk sei der Sportstättenmangel akut.

Darüber hinaus fehle nach wie vor ein Konzept für die Sanierung des Praterstadions, die rund 435 Millionen Schilling, das sind mehr als zwei Gesamtsportjahresbudgets, kosten werde. Hier stelle sich daher die Frage, ob alle anderen notwendigen Maßnahmen deshalb auf der Strecke bleiben müssen, und welche Prioritäten sich aus dem Leitplan ableiten lassen. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Geschäftsgruppe Kultur und Sport

=++++

27 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) erklärte, daß der Sport in seiner gesellschaftlichen Bedeutung weiter gefaßt werden müsse, als dies aus den Zahlen des Rechnungsabschlusses für die Geschäftsgruppe Kultur und Sport hervorgehe. Kosten für das Wiener Ferienspiel, für den Ausbau von Radwegen oder für die Errichtung von Tennishallen beispielsweise scheinen im Budget dieses Ressorts nicht auf, seien aber auch als Förderung des Sports zu sehen. Zur Ausarbeitung eines Sportstättenplanes sagte Ludwig, daß die Fassung länger gedauert habe, als dies wünschenswert sei. Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß es für eine Großstadt wie Wien schwieriger ist, einen solchen Plan zu erstellen, als für mittlere und kleinere Städte.

Die Fehlbestände an allgemeinen Freianlagen seien von 57 Prozent im Jahr 1966 auf 22 Prozent im Jahr 1980 reduziert worden, bei den Sporthallen war eine Verbesserung von 58 Prozent auf 18 Prozent erreicht worden.

StR. MRKVICKA (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Aktivitäten der Szene Wien und des Stadtkinos nicht nach marktwirtschaftlichen Faktoren beurteilt werden dürfen. Es sind dies Einrichtungen, die außerhalb kommerzieller Aspekte Veranstaltungen bieten. Das Stadtkino habe steigende Zuseherzahlen zu verzeichnen, die Abgänge seien in den letzten zwei Jahren gleich geblieben.  
(Forts.) lei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Bauten

=++++

28 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Bautenstadtrat RAUTNER (SPÖ) verwies darauf, daß in seinem Ressort im Jahr 1983 eine Reihe wichtiger Straßen- und Brückenbauvorhaben fertiggestellt werden konnte. Rautner nannte den Nordknoten und den letzten Abschnitt der Flughafenautobahn. "Wenn wir den Hauptverkehr in gut ausgebauten und leistungsfähigen Straßenzügen bündeln, können wir die Wohngebiete vom Durchzugsverkehr entlasten". Der flüssige Stadtverkehr sei auch eine Maßnahme für den Umweltschutz.

An Brückenbauten wurden 1983 die Ameisbrücke, die Flötzersteigbrücke, die Rossauer Brücke sowie die Unterführung Franzensbrücke und andere fertiggestellt.

Rautner bedauerte, daß im Rechnungsjahr 1983 450 Millionen Schilling aus Bundesmitteln nicht umgesetzt werden konnten. Der Grund dafür waren Umplanungen auf Grund neuer Erkenntnisse sowie Verzögerungen durch Wünsche von Bezirksvertretungen. Rautner betonte, daß er einen Kompromiß anstrebe. Die Mitsprache der Bürger im Planungsprozeß müsse garantiert sein. "Es ist aber nicht möglich", sagte Rautner, "daß jeder Wiener in einer Wohnstraße wohnt, aber in hundert Meter Entfernung eine Autobahnauffahrt vorfindet".

1983 konnte die Speicherung der 65.000 Wiener Verkehrszeichen in Computer fast abgeschlossen werden. Ebenso wurde die Speicherung der mehr als 20.000 Verkehrsunfälle mit Personenschaden, die sich seit 1981 ereignet haben, weitestgehend abgeschlossen. "Vorher - Nachher - Untersuchungen haben gezeigt, daß durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen die Zahl der Unfälle verringert werden kann", betonte Rautner.

Die Magistratsabteilungen 23, 26, 32 und 34, die für den Neubau, Umbau, für Verbesserungen und die Erhaltung von städtischen Gebäuden und ihrer haustechnischen Installationen zuständig sind, haben 1983 mehr als 1,7 Milliarden umgesetzt. Rautner dankte den Mitarbeitern seines Ressorts und appellierte an die Mitglieder des Gemeinderates, auch künftig gemeinsam weiterzuarbeiten. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Bauten

=++++

29 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) bemängelte die zu geringen Investitionen der Stadt Wien für die Bauwirtschaft im Jahr 1983. Gerade diese Branche sei ein Wirtschaftsbarometer, dem 1983 seitens der Stadt Wien insgesamt 775 Millionen Schilling möglicher Investitionen entzogen worden seien. Vor allem im Tiefbau seien weit weniger Mittel als möglich verbaut worden. Lange Verhandlungen zwischen den Großparteien wie im Falle des Stadterneuerungsfonds seien ebenfalls dazu geeignet, wichtige Maßnahmen zu verzögern, die der Bauwirtschaft zugute kommen könnten. Statt "Koalitions- und Kuchenteilungsgespräche" zu führen, sollten die Verantwortlichen darangehen, die vorhandenen Mittel rasch und effizient einzusetzen und damit der Wiener Bauwirtschaft neue Impulse zu geben. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Bauten

=++++

30 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der U-Bahn-Bauarbeiten im 3. Bezirk seien die Anrainer unzumutbaren Lärmbelästigungen ausgesetzt, erklärte GR. CVETKOVIĆ (öVP). Die Bauarbeiten und die dadurch verursachte prekäre Verkehrssituation bedingen Probleme beim Wohnen und im Wirtschaftsleben des Bezirkes. Cvetkovic brachte einen ANTRAG betreffend Schallschutzmaßnahmen auf den Umleitungsstrecken sowie einen ANTRAG betreffend die Verbesserung der Verkehrssituation im 3. Bezirk ein. Er warnte davor, die begleitenden Maßnahmen beim geplanten Bau der Urania-Brücke zu vernachlässigen. Die öVP sei gegen eine Überdimensionierung des Ausbaus der Lothringer Straße, durch den im Bereich Konzerthaus rund tausend Parkplätze verloren gehen würden. (Forts.) jel/ap

NNNN



Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Bauten

=++++

31 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HUMMEL (SPÖ) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Tätigkeit der Magistratsabteilungen 29 und 46. Die 1983 durchgeführten Instandsetzungsarbeiten an Brücken haben zwar zum Teil Verkehrsbehinderungen verursacht, diese konnten jedoch sehr gering gehalten werden. Für den Brückenbau und für Instandsetzungsarbeiten wurden 1983 126 Millionen Schilling aufgewendet.

1983 wurden für 98 Bereiche verkehrsberuhigte Maßnahmen durchgeführt. Um künftig ein Nachtfahrverbot in der Stadt für den Schwerverkehr zu erreichen, sollten gemeinsam mit der Wirtschaft LKW-Abstellplätze am Stadtrand realisiert werden. Um die Belastungen der Wohnbevölkerung durch den Straßenverkehr in einem Großteil der Straßen in der Donaustadt zu vermindern, sei die Verlängerung der Südost-Tangente notwendig. Hummel befürwortete die Variante Hochstraße, weil sie kostengünstiger wäre und die Bauzeit wesentlich reduziert werden könnte.

Die im Rahmen der Vorher - Nachher - Untersuchungen vorgenommenen Überprüfungen von Verkehrsflächen auf Sicherheit zeigten, daß durch entsprechende Maßnahmen an 14 Unfallstellen die Zahl der Unfälle um 67 Prozent und die Zahl der Verletzten um 71 Prozent reduziert werden konnte. (Forts.) lei/ap

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Bauten

=++++

32 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) befaßte sich mit der Bauordnung. Die gesetzlichen Vorschriften für Neubauten stellen im Bereich der Altstadterhaltung oft ein unüberwindliches Hindernis dar, sagte Mandahus. Man müsse sich, so wie es Bürgermeister Gratz vor sechs Jahren bei einer Enquete angekündigt habe, zu einer Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung entschließen. Derzeit laufen Gespräche, und es werden Möglichkeiten gesucht, im Baubewilligungsverfahren Vereinfachungen zu erreichen. Anhand einiger Beispiele aus der Praxis zeigte Mandahus, vor welchen Problemen manche Bauwerber in Bagatellfällen stehen. Er könne nicht glauben, sagte Mandahus, daß der Gesetzgeber derartige Grotesken gewollt habe. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Bauten

=++++

33 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) sprach sich für die Priorität des öffentlichen Verkehrs aber auch für den Ausbau des Straßennetzes im Sinne der besseren Verkehrsmöglichkeiten und - durch entsprechende Bündelung des Verkehrs - als umweltverbessernde Maßnahmen aus. Als Zielsetzungen nannte Svoboda Verkehrsbeschleunigung, Verkehrslenkung, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Bündelung des Individualverkehrs und Rückgewinnung von Verkehrsflächen für Fußgänger und Radfahrer.

Svoboda verwies auch auf die zahlreichen verkehrsberuhigten Zonen und provisorischen Wohnstraßen, die im Einvernehmen mit der Bevölkerung dazu dienen, unwohnlich gewordenen Straßenraum für die Bewohner zurückzugewinnen. Alle Maßnahmen, der Bau von Straßen, aber auch die Ausgestaltung der verkehrsberuhigten Zonen dienen der Verbesserung der Lebensqualität unserer Stadt, schloß der Redner, einem Anliegen das bei den Sozialisten stets Priorität hatte. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Bauten

=++++

34 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Bei den Arbeitslosenzahlen hätte man den wichtigen Faktor "Produktivitätssteigerung" vergessen, erklärte StR. Rautner. Durch Rationalisierungsmaßnahmen seien seit 1976 rund 40.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, was die Stadt Wien und die Bundesregierung durch Maßnahmen zur Belebung der Bautätigkeit auch auf privatem Sektor wettgemacht hätten.

Es sei keine Frage, daß die Verkehrssituation auf der Südost-Tangente problematisch sei, sagte Rautner, doch müsse man bedenken, daß die Tangente die stärkstoffrequentierte Straße Österreichs sei.

Zu den Umleitungen im 3. Bezirk erklärte Rautner, daß eine Ideallösung bei einer solchen Projektdimensionierung nicht möglich sei, die Probleme jedoch laufend überprüft werden und, wenn nötig, nach unkomplizierten und unbürokratischen Änderungen gesucht werde.

Ein Nachtfahrverbot für LKW sei in einer Großstadt nicht möglich, ein übergeordnetes Straßennetz werde aber die derzeitige Verkehrssituation beruhigen und eine Entlastung der Wohngebiete ermöglichen. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

35 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1982 waren im vergangenen Rechnungsjahr bei der Gemeinde Wien um 1.007 Mitarbeiter mehr beschäftigt, stellte Personalstadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) am Anfang ihres Rechenschaftsberichtes fest. Der Personalzuwachs betraf vor allem Bereiche, in denen mehr Mitarbeiter aus Überlegungen der sozialen Notwendigkeit und der Bürgernähe notwendig sind. So waren 1983 in den Kindertagesheimen 153 Mitarbeiter und in den Krankenanstalten 107 Mitarbeiter mehr beschäftigt als 1982. Auch die Zahl der Landeslehrer stieg um 258 Beschäftigte.

Im Herbst 1984 werden insgesamt 161 junge Menschen zusätzlich einen Ausbildungsplatz bei der Gemeinde Wien erhalten.

Die Zahl der freien Dienstposten hätte heuer nur eine Aufnahme von 100 bis 120 Lehrlingen erlaubt. Um die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern, werden aber auch heuer rund 200 Lehrlinge neu aufgenommen. Es könne deshalb nicht garantiert werden, daß alle Lehrlinge nach Abschluß der Lehrzeit eine fixe Anstellung bei der Gemeinde Wien erhalten werden.

Insgesamt sind zur Zeit rund 2.000 Mitarbeiter bei der Gemeinde Wien beschäftigt, die altersmäßig bereits den Pensionsanspruch erreicht haben. Stadtrat Seidl befürwortete die Inanspruchnahme des Ruhegenusses zugunsten einer Anstellung junger Menschen, wenn dies die Beitragsjahre zur Pensionsversicherung zulassen. Weiters sollen auch alle jene Dienststellen, in denen permanent Überstunden geleistet werden, auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze hin überprüft werden. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

36 Wien, 25.6. (RK-KOHHUNAL) Zur Einführung der 35-Stunden-Woche sagte Seidl, daß diese sicherlich auch für den öffentlichen Dienst notwendig sein wird, daß jedoch Gemeinde und Bund nicht zu den ersten gehören werden, die eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit vornehmen werden. Für die Gemeinde Wien würden dafür Schätzungen zufolge Mehrkosten von über einer Milliarde Schilling erwachsen.

Zum ÖVP-Antrag auf Einführung der Teilzeitarbeit für pragmatisierte Beamte führte Seidl aus, daß dies derzeit nicht spruchreif sei, da dies unter keinen Umständen unter Beibehaltung derselben Leistungen, die das Dienstrecht vorsieht, möglich sei. Da auch eine Anstellung als Vertragsbediensteter möglich sei, könne von jenen, die eine Teilzeitbeschäftigung wünschen, rechtzeitig eine entsprechende Entscheidung getroffen werden.

Zur Arbeit der Rechtsabteilungen sagte Seidl, daß diese im vergangenen Jahr einen besonderen Arbeitsanfall zu bewältigen hatten. Beispielsweise haben in der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle 48.000 Parteien vorgesprochen, die Magistratsabteilung 62 hatte mit den Wahlen des vergangenen Jahres und der Ausarbeitung des Wiener Prostitutionsgesetzes einen großen Arbeitsaufwand zu bewältigen. Im Zusammenhang mit der geänderten Nationalratswahlordnung, die den Einsatz einer besonderen Wahlkommission für Bettlägrige vorsieht, sind ebenfalls rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Weiters wird von der Magistratsabteilung 58 ein neues Wiener Tierschutzgesetz ausgearbeitet, da zu befürchten ist, daß es zu keiner bundeseinheitlichen Lösung kommen wird. (Forts.) lei/ap

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

37 Wien, 25.6. (RK-KOHHUNAL) Für den Bereich des Konsumentenschutzes führte Stadtrat Seidl einige Aktivitäten an, die die effiziente Arbeit der zuständigen Abteilung dokumentieren. So sei die Absiedlung des Augustiner Marktes im Zuge der U-Bahn-Arbeiten einvernehmlich mit den Ständlern erfolgt. Und auch für den Landstraßer Markt konnten befriedigende Lösungen gefunden werden. Die nun möglichen Überprüfungen der Kälber auf Hormone in allen österreichischen Schlachthöfen haben einen weiteren Hormonmißbrauch unterbunden.

Auch sei es gelungen, für den Schlachthof St. Marx die EG-Exportbewilligung unbefristet zu erhalten. Die Sanierungsarbeiten an der Kälteanlage in St. Marx wurden bereits begonnen.

Das Statistische Amt der Stadt Wien ist derzeit vor allem mit der Auswertung der 6.218 Fragebogen zur Nahversorgungserhebung beschäftigt. Die Beteiligung der Simmeringer Haushalte an dieser Befragung sei mit 22,25 Prozent sehr hoch und beweise das große Interesse an Konsumentenfragen. (Forts.) lei/kn

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

38 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) bedauerte, daß ein ÖVP-Antrag auf Teilzeitarbeit für Pragmatisierte abgelehnt wurde. Beispiele in Niederösterreich und der Steiermark zeigten, daß dieses Modell verwirklichtbar sei.

Der Konsumentenschutz gelte auch gegenüber der öffentlichen Hand, betonte die Rednerin. Gegenüber der öffentlichen Hand ist der Bürger Konsument. Eine Kontrolle sei aufgrund der hohen Belastungen nötig und liege im Interesse der Bürger. Es sei auch eine soziale Aufgabe, dem Schwächeren, eben dem Konsumenten, gegenüber dem Stärkeren zu helfen. Die Stadt Wien trete bei der Ver- und Entsorgung als Monopolbetrieb auf. Der Bürger könne nicht prüfen, nicht wählen, aber er müsse zahlen.

Korosec verwies darauf, daß die Wiener ÖVP seit Jahren vor allem im Bereich Konsumentenschutz und Umweltpolitik Vorschläge erarbeitet habe. "Wir haben auch die Zusammenarbeit angeboten, die von der SPÖ abgelehnt wurde. Damit wurde eine Chance vertan."

(Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

39 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUB (SPÖ) wies auf die Tätigkeit des Marktamtes hin, das 1983 z. B. 227 Kilogramm giftige und ungenießbare Pilze vernichtet, 112 Proben Speiseeis beanstandet und 119 Millionen Kilogramm Fleisch untersucht hat. Bei tausenden Kontrollen hat die Wirtschaftspolizei insgesamt 900mal Anzeigen wegen Übertretung der Preisgesetze erstattet und damit gegen "schwarze Schafe" in der Wirtschaft durchgegriffen. Ein besonderer Erfolg war das von Stadtrat Seidl geschaffene Konsumententelefon. Hier erhalten Anrufer Hilfe und Auskunft in Konsumentenfragen, die von überhöhten Preisen über Gewährleistungsangelegenheiten bis zu Verträgen reichen, die weniger versierten Menschen unter Mißachtung guter Geschäftssitten aufgeschwätzt wurden. Abschließend lud Holub auch die Wirtschaft und die Oppositionsparteien ein, konstruktiv im Bereich des Konsumentenschutzes mitzuarbeiten. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

40 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Man zäume das Pferd von hinten auf, kritisierte Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), wenn man den Primat der Politik bei der Wiener Verfassungsreform mißachte und erst administrativ und bürokratisch reformiere, statt eine groß angelegte Verfassungskonzeption auf politischer Ebene zu erstellen. Eine Verfassungsreform im Bereich der Politik sei aber die Prämisse für eine Verwaltungsreform. Dezentralisierung, Unabhängigkeit und Wettbewerb schaffen Sach- und Bürgernähe, betonte Welan, was auch der Vielfalt der Interessen in einer Großstadt entspreche. Derzeit kennzeichne aber immer noch Konzentration und Zentralisation die Wiener Situation. Mehr Rechte für die Bezirke und die Bürger bedeute aber, mehr Problemlösungsmöglichkeiten zu schaffen. Seine Fraktion, erklärte Welan, vermisse das von Bürgermeister Gratz angekündigte Konzept zur Kompetenzerweiterung der Wiener Bezirke, das bereits im Frühjahr 1984 diskutiert hätte werden sollen. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

41 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Verwaltung sei wieder ein gutes Stück bürgernäher geworden, stellte GR. FREINBERGER (SPÖ) fest. Neue Technologien wurden nicht ignoriert, sondern zum Vorteil der Wiener und der Beamten integriert. Das Verhältnis der über 60.000 Bediensteten der Stadt Wien zu den Bürgern zu regeln, sei eine der wichtigsten Aufgaben dieser Geschäftsgruppe. Dies sei in wesentlichen Punkten gelungen, wie die Imagebefragung zeigt. Ziel einer guten Personalpolitik sei es, sichere Arbeitsplätze und vor allem zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Einen wesentlichen Anteil an der Verwirklichung einer bürgernahen, effizienteren Verwaltung haben zweifelsohne die Automatische Datenverarbeitung, Verwaltungsakademie und die Verwaltungsrevision. Durch die Arbeit dieser Abteilungen könnten sowohl Kosten eingespart wie auch eine bessere Ausbildung des Personals erreicht werden.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 21.50 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Dienstag, mit der Debatte über die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie fortgesetzt.

(Schluß) lei/ap

Wiener Landtag

=++++

42 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die unterbrochene Gemeinderatssitzung trat der Wiener Landtag zu einer kurzen Geschäftssitzung zusammen.

Dem Landtag lagen zwei ANTRÄGE der SPÖ betreffend Änderung des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren sowie eine Novelle der Wiener Gemeindewahlordnung vor, weiters zwei ANTRÄGE der ÖVP betreffend steuerliche Befreiung für Wiener Investitionen so wie sie die drei arabischen Staaten beim österreichischen Konferenzzentrum erhalten haben, und eine Gesetzesvorlage betreffend Lärmerregung, Ehrenkränkung und Bettelei, sowie zwei DREI-PARTEIEN-GESETZESVORLAGEN betreffend Änderung des Wiener Bezügegesetzes und Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes.

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) stellte den Antrag, die Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1984 zu genehmigen.

ABSTIMMUNG: in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.  
(Schluß) fk/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN